

In jedem Falle ist der technische Unterricht ergänzt durch Kurse in Politik, meist auch in Literatur und Kunst.

TAIWAN

Wirtschaft

(63) Änderungsgesetz zum Investitionsförderungsgesetz vom Parlament verabschiedet

Das gesetzgebende Yüan hat am 27.12.1974 das Änderungsgesetz zu Investitionsförderungen verabschiedet (vgl. C.a.74, Nov., Ü 74). Nach der neuen Bestimmung von Artikel 10 wird die Grenze der Einkommensteuer und anderer Auflagen der Produktionsunternehmen ab 1.1.1974 von 35% auf 30% herabgesetzt. Für die besonders geförderten Branchen wie die metallverarbeitende Industrie, den Schwermaschinenbau, die Petrochemie sowie andere für die Wirtschaftsentwicklung nötigen kapitalintensiven und technisch intensiven Industriezweige gilt 22% als die Höchstgrenze. Alle Produktionsunternehmen, die vor dem 31.12.1973 den Betrieb oder die Dienstleistungen aufgenommen haben, bleiben weiterhin unter der Grenze von 25%. Gewinnanteile, die nicht ausgeschüttet und für Reinvestitionen verwendet werden, sind steuerfrei (Art. 12). Für die nicht in Taiwan ansässigen Aktienbesitzer beträgt die Steuer auf die Dividenden 20%. Müssen diese in ihrem Wohnort Steuern bezahlen, so können ihre Steuern in Taiwan bis auf 15% abgesetzt werden (CJ, 28.12.74).

Außenwirtschaft

(64) Handelsexpansion mit Europa

Nach Statistiken des taiwanesischen Zollamtes betrug das Handelsvolumen zwischen Taiwan und Westeuropa in der Zeit vom Januar bis Oktober 1974 1574 Mio. US\$. Das ist bereits mehr als der Jahresumsatz von 1973, der sich auf 1440 Mio. US\$ belief (1972: 550 Mio. US\$); in den ersten 10 Monaten des Jahres 1974 hat Taiwan Waren im Wert von 684 Mio. US\$ nach Europa exportiert und im Werte von 890 Mio. US\$ aus Europa importiert. Im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres ist der Export um 51,2% und der Import um 154,9% gestiegen.

Die Expansion des taiwanesischen Handels mit Europa ist eine Folge des Wunsches, die Wirtschaftsabhängigkeit der Insel von Japan und von den USA zu vermindern. Die BRD ist nicht nur der größte europäische Handelspartner Taiwans, sondern rangiert hinter den USA und Japan an dritter Stelle im Gesamt-handel Taiwans. Von Januar bis November 1974 hat der Handel zwischen der Bundesrepublik und Taiwan ein Volumen von 710,5 Mio. US\$ erreicht; davon entfielen 275 Mio. US\$ auf den taiwanesischen Export nach Deutschland und 435,5 Mio. auf Importe aus Deutschland. Im Vorjahr hatte Taiwan gegenüber der Bundesrepublik noch einen Exportüberschuß von 21,1 Mio. (Ausfuhr: 196,7 Mio. US\$ und Einfuhr: 175,6 Mio. US\$). Taiwan führte aus der Bundesrepublik hauptsächlich folgende Waren ein: Maschinen, Chemikalien, Medikamente, Fahrzeuge, Kunststoffprodukte, Elektromaschinen und -geräte; die wichtigsten taiwanesischen Exportgüter nach Deutschland sind: Konserven, Textilien, Schuhe und Elektroerzeugnisse (Lien-ho Pao, 19.12.74).

Seit dem 1. Quartal 1974 weist Taiwans Handelsbilanz jedoch

erstmalig nach vielen Jahren monatlich wiederkehrende Defizite auf, die sich bis Ende September auf mehr als 1 Mrd. US\$ angesammelt hatten (erste 9 Monate des Jahres 1974: Gesamthandel 9630,4 Mio. US\$, davon 5324,4 Mio. US\$ Importe und 4306,0 Mio. US\$ Exporte = Defizit von 1018,4 Mio. US\$ oder 23,7% der Ausfuhr). Allein im Warenaustausch mit Japan wurde ein Fehlbetrag von 1052,0 Mio. US\$ verzeichnet. Selbst gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gab es diesmal eine Passivbilanz (minus 153 Mio. US\$), obwohl das Verhältnis seit Jahren stets umgekehrt gewesen war.

Die um 108,1% über dem Wert des gleichen Vorjahreszeitraumes liegenden Einfuhren bestanden zu 32% aus Kapitalgütern, 62,1% aus Rohstoffen und 5,9% aus Konsumgütern, während sich die Ausfuhr (plus 37,5%) auf industrielle Erzeugnisse (85,3%) sowie landwirtschaftliche Primär- und Sekundärprodukte (14,7%) verteilte. Die gewaltigen Zuwachsraten sind, wie es sich angesichts der gegenwärtigen Entwicklung fast von selbst versteht, zum großen Teil inflationsbedingt.

Die Ursache für die Teuerung liegt möglicherweise u.a. in den übersteigerten Panikkäufen von Rohstoffen, Halbwaren und Grundnahrungsmitteln zu einem Zeitpunkt, als sich der Umschwung auf den spekulativ überhöhten Rohstoff- und Warenmärkten bereits abzeichnete. Man hortete Waren, deren Preise meist bereits astronomische Höhen erreicht hatten. Damit wird aber auch schon deutlich, daß diese Teuerungsursache nur temporärer Natur ist. Eine andere Ursache der Teuerung liegt in der Fortführung der zehn großen Projekte, die den Staatshaushalt schwer belasten (Näheres dazu C.a. 1974/9, S.557 ff.).

Nachdem freilich die bereits für Jahresmitte erwartete Normalisierung der Handelsbilanz bisher nicht erreicht wurde, will man verstärkte Maßnahmen ergreifen, um Ein- und Ausfuhr wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dabei haben die Behörden vor allem den verlustbringenden Warenverkehr mit Japan im Auge. Gedacht ist u.a. an eine Einschränkung der Einfuhr von "nicht notwendigen" Konsumgütern aus Japan, an die Erschließung neuer Bezugsquellen für industrielle Rohstoffe und Halbwaren, an die Eindämmung der japanischen Dumpingmethoden für verschiedene Erzeugnisse und insbesondere auch an eine Steigerung der taiwanesischen Ausfuhren nach Japan. Unter Umständen will man auch auf die Liberalisierung der japanischen Einfuhr von taiwanesischen Erzeugnissen drängen, da es auf diesem Gebiet bisher an japanischen Maßnahmen gefehlt hat. Dies gilt vor allem für eine Anzahl von Agrarprodukten aus Taiwan, die aus gesundheits- und lebensmittelrechtlichen Bestimmungen vom Import bisher ausgeschlossen waren.

Trotz der stark defizitären Warenbilanz im September 1974 haben sich Taiwans Währungsreserven von ihrem Höchststand im Oktober 1973 (1,9 Mrd. US\$) zum 3. Quartal 1974 nur auf annähernd 1,6 Mrd. US\$ verringert (BfA/NfA, 2.12.74).

HONG KONG

(65) Zahl der Hong Kong-Flüchtlinge soll reduziert werden; erste Ausweisung von Flüchtlingen zurück in die VR China

Anfang Dezember gaben die Behörden in Hong Kong bekannt, daß sie von nun an illegale Einwanderer aus der VR China wieder in ihr Land abschieben würden. Fundiert wird diese Aussage durch eine britisch-chinesische Vereinbarung über die Eindäm-